



Diepholz, 13.08.2025

Entlastung Straßenausbaubeiträge

1) Rat sm. Zylinder + W
2) FDI FW/VA/Rat
47/319

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

im Namen der SPD-Fraktion beantrage ich für die nächste Sitzung des Rates die Beratung des folgenden Antrages:

Antrag:

Die Verwaltung analysiert Optionen, die Belastung durch Straßenausbaubeiträge stärker als bisher zu senken. Die Ergebnisse werden dem Fachausschuss präsentiert.

Begründung:

Die vorliegenden Karten zur Zustandserfassung der Straßen in Diepholz aus dem Jahr 2019 sowie die schon bekannten Pläne zu weiteren Straßensanierungen lassen einen erheblichen Finanzbedarf erwarten.

Insbesondere die Karten für die Zustandskategorien 4 und 5 zeigen eine Vielzahl von Straßenabschnitten, die einen schlechten bis sehr schlechten Zustand aufweisen.

Sollten diese Maßnahmen in der jetzt gültigen Fassung der Straßenausbaubeitragsatzung gestaltet werden, würde dies zu einer erheblichen finanziellen Belastung der Anlieger führen.

Gleichzeitig ist zu beobachten, dass die Baukosten im Straßenbau in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen sind. Parallel dazu haben die Gehälter und Löhne der Bürgerinnen und Bürger diesen Kostensteigerungen nicht in gleichem Maße standgehalten, was die relative Belastung durch etwaige Straßenausbaubeiträge zusätzlich erhöht.

Vor diesem Hintergrund und unter Berücksichtigung der in Niedersachsen bestehenden rechtlichen Möglichkeiten, fordern wir die Verwaltung auf zu prüfen, welche Gestaltungsspielräume genutzt werden können, um die Belastungen für die Anlieger signifikant zu reduzieren. Gleichzeitig ist der Umstand zu berücksichtigen, dass Anlieger in der Vergangenheit bereits entsprechende Beiträge gezahlt haben.

Wir wünschen die Prüfung folgender Optionen:

1. Vollständige Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Diepholz unter Nutzung der aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen in Niedersachsen und unter Berücksichtigung schon vereinnahmter Beträge
2. Prüfung von Modellen zur deutlichen Minderung der Beiträge, z.B. durch:
 - Erhöhung des Gemeindeanteils an den Baukosten.
 - Nutzung von Landesmitteln und Förderprogrammen zur Entlastung der Anlieger.
 - Prüfung der Einführung zinslos langfristig verrenteter Beiträge als Alternative zu einmaligen Beiträgen, um die Belastung über einen längeren Zeitraum als bisher zu verteilen und zu minimieren.

Mit freundlichen Grüßen

Ingo Estermann